

Liestal, 17. März 2026/Landeskanzlei

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2025/511
Postulat	von Stephan Ackermann
Titel:	Unabhängige wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte im Kanton
Antrag	Vorstoss entgegennehmen

Begründung

Bis 1981 wurden in der Schweiz zehntausende Kinder und Jugendliche aus wirtschaftlichen oder moralischen Gründen von Behörden fremdplatziert – als Heim-, Verding-, Kost- oder Pflegekinder bei Privaten oder in Heimen und geschlossenen Einrichtungen. Viele erlitten schweres Unrecht, waren körperlicher und psychischer Gewalt, Ausbeutung und teils sexuellem Missbrauch ausgesetzt und litten unter der Trennung von ihren Familien. Verantwortlich waren Gemeinde- und Kantonsbehörden sowie private Organisationen.

2021 entschuldigte sich der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft bei den Opfern und deren Angehörigen für das grosse Unrecht und unermessliche Leid. Als Zeichen der Erinnerung wurden 13 aus Eichenholz gefertigte halbrunde «Gedankenbänke» im ganzen Kantonsgebiet aufgestellt. Ihre Wahrnehmung ist lokal ausgerichtet, ihr Aufsuchen von Zufälligkeit bestimmt. So wie ihre materielle Beschaffenheit vergänglich ist, wird auch die Erinnerungen an das, wofür sie stehen sollen, verblassen.

Nur mit einer unabhängigen wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und administrativen Versorgungen im Kanton kann eine über eine lokale Wahrnehmung hinaus gehende breite und nachhaltige gesellschaftliche Anerkennung erreicht werden. Unter Einbezug der noch lebenden Zeitzeugen kann den Opfern, ihren Angehörigen und Nachkommen, welche noch bis heute oft unter den transgenerationalen Folgen leiden, der Platz in der Geschichte eingeräumt werden, der ihnen gebührt.

Die Bedeutung des Kantons Basel-Landschaft innerhalb der föderalistisch geprägten Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen ist schlecht untersucht. Weder im Nationalen Forschungsprogramm 76 (Fürsorge und Zwang) noch im Rahmen der wissenschaftlichen Aufarbeitung durch die Unabhängige Expertenkommission Administrative Versorgungen (UEK) sind mit einer Ausnahme spezifische Studien zum Kanton Basel-Landschaft entstanden. Dabei kommt dem Kanton eine wichtige Rolle zu, war er doch in der deutschschweizerischen und katholischen Heimlandschaft und in die jeweiligen nationalen Netzwerke der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen eingebettet. Zudem bestanden enge Beziehungen zu den Kantonen Basel-Stadt, Aargau, Solothurn. Für die nordwestschweizerische Heimlandschaft war der Kanton Basel-Landschaft von zentraler Bedeutung. In den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn wurden unlängst vergleichbare Projekte gestartet. Prof. Dr. Martin Lengwiler, Professor für Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Basel und ehemaliges Mitglied der UEK, hat seine fachliche Unterstützung zugesagt.

Für die Umsetzung ist nach ersten Abklärungen mit Kosten von rund 250'000 Franken auszugehen. Die effektiven Kosten würden anhand einer Projektstudie ermittelt.

